



KURZBERICHT ZUR PILOTSTUDIE

JUGEND UND POLITISCHE BILDUNG

Einstellungen und Erwartungen von 14- bis 24-jährigen

Wien, 23. April 2007

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	4
1.1	Forschungsfragen	5
1.2	Methodik	5
1.2.1	Telefonumfrage	6
1.2.2	Gruppendiskussionen (<i>focus groups</i>)	7
2	Grundeinstellungen zu Demokratie und Politik	7
3	Themen und Meinungen zur Politischen Bildung	12
4	Politisches Informationsverhalten	17
5	Wahlen und politische Beteiligung	19

Die dem vorliegenden Kurzbericht zugrunde liegende Studie wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) und des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung (BMWf) durchgeführt.

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 1: Demokratiezufriedenheit von Jugendlichen und Erwachsenen im Vergleich	8
Abbildung 2: Autoritätsbewusstsein von Jugendlichen und Erwachsenen im Vergleich	9
Abbildung 3: Wichtigkeit von Lebensbereichen von Jugendlichen und Erwachsenen im Vergleich	10
Abbildung 4: Rangordnung gewünschter Themenbereiche für Politische Bildung	14
Abbildung 5: Einstellungen zur Politischen Bildung	16
Abbildung 6: Meinungen zu einem Unterrichtsfach Politische Bildung	16
Abbildung 7: Wichtigkeit und Glaubwürdigkeit politischer Informationsquellen	18
Abbildung 8: Befürwortung und Ablehnung der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre	20
Abbildung 9: NichtwählerInnenmotive in der Nationalratswahl 2006, Jugendliche und Erwachsene im Vergleich	21

1 Einleitung

Politische Bildung versteht sich als öffentliche Aufgabe, und soll 2007/08 sowie darüber hinaus einen Regierungsschwerpunkt darstellen. Trotz einer langjährigen Tradition von Initiativen und Projekten zur politischen Bildungsarbeit in Österreich gibt es kaum Datenmaterial über die Einstellungen und Erwartungen jugendlicher Zielgruppen zur Politischen Bildung. Oft beziehen sich vorhandene Daten lediglich auf überdurchschnittlich interessierte TeilnehmerInnen an Politische Bildungsprogrammen und Veranstaltungen, nicht jedoch auf die Jugendlichen in ihrer Gesamtheit.

Ein MultiplikatorInneneffekt durch besonders politikaufmerksame und politisch engagierte Jugendliche ist zweifellos gegeben, doch ist es trotzdem unerlässlich gesicherte Informationen über Meinungen, Einstellungen und Werte jener Gruppen zu haben, die sich bisher der Politischen Bildung verweigerten. In vielen Fällen ist man auf Datenmaterial aus verwandten Forschungsbereichen - etwa allgemeine Jugendstudien oder Teile von Politikumfragen (insbesondere im Wahlzusammenhang) - angewiesen, die nicht spezifisch Politische Bildung in den Mittelpunkt des wissenschaftlichen und öffentlichen Erkenntnisinteresses stellen.

Aufgaben der vorliegenden (Pilot-)Studie sind demzufolge

- a) die **Erforschung der Ansichten Jugendlicher von 14 bis 24 Jahre zur Politik und Politikvermittlung** bzw. der Gewinn von Erkenntnissen über deren (interaktive) Beteiligungsbereitschaft,
- b) eine **Bestandsaufnahme der Meinungen bzw. Erwartungshaltungen Jugendlicher zu den Inhalten und Themen sowie Vermittlungsformen politischer Bildung**, sowie
- c) der **Vorschlag von Strategieempfehlungen für die politische Bildungsarbeit mit Jugendlichen in Österreich**, um insbesondere bislang nicht erfasste Gruppen anzusprechen.

Dabei ist ausdrücklich zu betonen, dass es sich lediglich um eine Pilotstudie handelt, welche zu Indizien und Thesen führt. Eine Generalisierung ist aufgrund des methodischen Zugangs mit einer Limitierung der Interviewpersonen in Umfragen und der geographischen Einschränkung von TeilnehmerInnen in Gesprächsrunden lediglich bedingt zulässig. **Die Pilotstudie versteht sich daher aufgrund des knappen Zeitrahmens als Grundlage für umfassende und detaillierte Folgestudien** bzw. folgende Zeitreihen, um Veränderungen zu messen.

1.1 Forschungsfragen

Zentrale Forschungsfragen waren konkret u.a.

- **Welche grundsätzlichen Einstellungen haben Jugendliche zu Demokratie, Politik und Politische Bildung** und welche Stimmungslagen gibt es in diesen Bereichen?
- Was sind aus Sicht der Jugendlichen **zentrale Themen und typische Meinungen in der bzw. über Politische Bildung?**
- Was sind die **wichtigsten und glaubwürdigsten Informationsquellen bei der Politikvermittlung?**

Ergänzend wurde das Wahlverhalten abgefragt, wobei nicht Parteipräferenzen im engeren Sinn, sondern mögliche Motive von NichtwählerInnen und die Positionierung zu Internetwahlen von besonderem Interesse waren.

1.2 Methodik

Methodische Hauptinstrumente waren

- a) eine telefonische (für Österreich in dieser Bevölkerungsgruppe repräsentative) **Meinungsumfrage unter Jugendlichen von 14 bis 24 Jahren** inklusive *pre-test* und *re-check*-Analyse

- b) zwei **moderierte (Gruppen-)Diskussionsrunden (*focus groups*) mit Jugendlichen von 14 bis 24 Jahren**

1.2.1 Telefonumfrage

Für die telefonische Umfrage - siehe den Fragebogen und Tabellenband der Ergebnisse in den Beilagen 1 bzw. 1a - wurde die Zielgruppe (Jugendliche zwischen 14 und 24 Jahren aus ganz Österreich) aus einer Repräsentativbefragung gefiltert, wobei diese Gruppe rund 15 Prozent der Gesamtbevölkerung über 14 Jahre ausmacht. Die Stichprobengröße bzw. Zahl der Nettointerviews betrug $n = 700$ mit einer maximalen Schwankungsbreite von $\pm 3,7$ Prozent. Die Stichprobenauswahl erfolgte nach dem Zufallsverfahren und innerhalb des getroffenen Haushalts nach dem Quotenverfahren. Eine Faktorengewichtung geschah laut Mediaanalyse 2004 und Statistik Austria 2001.

Der Befragungszeitraum war vom 4. bis zum 21. April 2006. Es wurden 17 Fragen in geschlossener Form mit vorgegebenen Antwortmöglichkeiten sowie sieben Statistikfragen gestellt. **Zu beachten ist, dass die Zustimmung von Befragungspersonen und Rekrutierung von TeilnehmerInnen sowohl im Rahmen der Telefonumfrage als auch in den *focus groups* sich sehr schwierig gestaltete, was - da eine positive Selbstselektion nicht auszuschließen ist - ein allgemein etwas geringeres Interesse an Politik und Politische Bildung vermuten lässt als in der Studie ausgewiesen.** Allgemein gilt: Jugendliche, die zu einem Themenbereich als Interviewpersonen zur Verfügung stehen, haben in der Regel dazu ein überdurchschnittliches Basiswissen und Grundinteresse.

1.2.2 Gruppendiskussionen (*focus groups*)

Es fanden für die Pilotstudie zwei Gruppendiskussionen mit bis zu 10 Jugendlichen von 14 bis 24 Jahren aus Wien sowie Niederösterreich (Wien-Umgebung) statt. Die Zielpersonen der Gruppendiskussionen umfassten jeweils nach soziodemographischen bzw. sozioökonomischen Indikatoren (Alter, Geschlecht, Bildungsgrad usw.) einen Querschnitt der Jugendlichen aus unterschiedlichen Milieus. Beide Gruppen wurden hinsichtlich der Kriterien Geschlecht und Milieu gemischt, jedoch bewusst nach Altersgruppen als eine junge Gruppe zwischen 14 und 18 und eine ältere Gruppe zwischen 19 und 24 Jahren gestaffelt organisiert. **Festzuhalten ist, dass insbesondere in der Gruppendiskussion 19- bis 24-jähriger Jugendlicher eine leichte Übergewichtung von TeilnehmerInnen mit formal höherem Bildungsgrad und insbesondere Studierenden bestand.**

Die Gruppendiskussionen mit einem detaillierten Gesprächsleitfaden hatten eine Dauer von jeweils ca. 90 Minuten, wurden auf Video aufgezeichnet und in einen Nebenraum übertragen, um dort live mitverfolgt sowie in der Folge mehrfach durchgesehen zu werden. Anschließend geschah eine qualitative Auswertung der Ergebnisse. Der Leitfaden findet sich - ohne interne Anweisungen für die ModeratorInnen - im Anhang als Beilage 2a, das Gesprächsprotokoll wird als Beilage 2 in einem Extraband übermittelt.

2 Grundeinstellungen zu Demokratie und Politik

Als Rahmenbedingung zu beachten ist, dass Jugendliche grundsätzlich der Zukunft eher neutral gegenüberstehen. Es gibt mehrheitlich die Erwartung einer gleich bleibenden politischen Entwicklung Österreichs in den nächsten Jahren mit einer geringen Zahl auffallender Optimisten oder Pessimisten. Bemerkenswert ist lediglich, dass 14- bis 17-jährige (sowie WestösterreicherInnen) deutlich optimistischer sind als 18- bis 24-jährige und die kleine Zahl von FPÖ-/BZÖ-PräferentInnen am meisten pessimistisch denkt.

Demokratie wird von Jugendlichen sehr auf den Wahlzusammenhang reduziert und allgemein als Mitbestimmungsmöglichkeit des Volkes interpretiert, ohne dass eine große Phantasie alternativer Beteiligungsformen besteht. Zitate aus den *focus groups* lauten beispielhaft „Wir dürfen wählen“ und „Wir entscheiden, wer für uns entscheidet“. **Die Zufriedenheit mit der österreichischen Demokratie ist bei den jugendlichen ÖsterreicherInnen zwischen 14 und 24 Jahren keinesfalls geringer ausgeprägt als bei den älteren „Erwachsenen“ ab 18 Jahren. Insgesamt ist eine klare Mehrheit von mehr als zwei Drittel bzw. 69 Prozent mit der Demokratie sehr oder etwas zufrieden, es gibt kaum völlig unzufriedene Jugendliche.** Relativierend und mahnend ist anzumerken, dass es kaum grundsätzliche DemokratiegegnerInnen gibt, jedoch ein bedenklicher Anteil von latent Unzufriedenen festgestellt werden kann. **Fast ein Viertel (23 Prozent) der Jugendlichen ist mit der Demokratie nicht besonders zufrieden.** Dieser Wert entspricht allerdings ebenfalls jahrelangen Daten von Umfragen unter Erwachsenen.

Abbildung 1: Demokratiezufriedenheit von Jugendlichen und Erwachsenen im Vergleich

	Jugendliche von 14 bis 24 Jahre		Alle ÖsterreicherInnen ab 18 Jahre*
	2007	2005*	
Sehr zufrieden	9	17	10
Etwas zufrieden	60	56	60
Weniger zufrieden	23	24	25
Gar nicht zufrieden	6	2	3
Keine Angabe	2	1	2

Angaben in Prozent.

* Quelle: Peter Filzmaier / Peter Hajek, Jugendstudie 2005 im Auftrag der Bundesländerzeitungen, unveröffentlichter Forschungsbericht, Wien.

Mit dem politischen Interesse - und nicht unbedingt mit einer höheren Wahlabsicht - steigt eindeutig die Demokratiezufriedenheit. Während es nach dem Alter und Geschlecht kaum Unterschiede gibt (Frauen sind etwas zufriedener), bestehen solche in Ansätzen nach dem formalen Bildungsgrad bzw. Ausbildungsstand:

Entgegen gängigen Klischees sind Studierende mit der Demokratie am ehesten unzufrieden (und stellen womöglich mehr Ansprüche an diese), SchülerInnen, Lehrlinge und Berufstätige jedoch zufriedener. Diese Tatsache kann allerdings auch mit einer verstärkten Kritikfähigkeit bzw. -bereitschaft unter Studierenden zusammenhängen. Regional gibt es die größte Demokratiezufriedenheit in den südlichen Bundesländern Steiermark und Kärnten.

Jeder fünfte Jugendliche (19 Prozent) präferiert einen so genannten „starken Mann“ in der Politik. In der Gesamtbevölkerung ab 18 Jahren tun das immerhin 16 Prozent. Am wenigsten anfällig für autoritäre Führungspersönlichkeiten sind Grün- und ÖVP-PräferentInnen sowie Studierende, während ansonsten nach dem Alter, Geschlecht, formalen Bildungsgrad usw. überraschend kaum Unterschiede bestehen. Je geringer das politische Interesse und die Wahlabsicht, desto stärker die Neigung zu autoritären Führungspersönlichkeiten.

Abbildung 2: Autoritätsbewusstsein von Jugendlichen und Erwachsenen im Vergleich

<i>Es befürworten ...</i>	Jugendliche von 14 bis 24 Jahre		Alle ÖsterreicherInnen ab 18 Jahren*
	2007	2005*	
... einen starken Mann	19	9	16
... mehrere Entscheidungsträger	81	90	82
keine Angabe	0	1	2

Angaben in Prozent.

* Quelle: Peter Filzmaier / Peter Hajek, Jugendstudie 2005 im Auftrag der Bundesländerzeitungen, unveröffentlichter Forschungsbericht, Wien.

An erster Stelle als "sehr wichtiger Lebensbereich" steht die Familie mit 80 Prozent Nennungen, gefolgt von den FreundInnen (74 Prozent) sowie Arbeit (66 Prozent) bzw. Schule und Universität (59 Prozent). Erst an fünfter Stelle gereiht ist mit 53 Prozent die Freizeit, wobei diese von Jugendlichen deutlich höher gewichtet wird als bei allen ÖsterreicherInnen ab 18 Jahren. **Politik nimmt demgegenüber einen sehr untergeordneten Stellenwert ein. Bloß einer unter 10 Jugendlichen**

(12 Prozent) bezeichnet sie als sehr wichtig. Noch weiter abgeschlagen ist mit neun Prozent nur die Religion, doch selbst diese kommt in einer Zusammenfassung der Nennungen als „sehr“ und „etwas“ wichtig vor der Politik zu liegen.

Abbildung 3: Wichtigkeit von Lebensbereichen von Jugendlichen und Erwachsenen im Vergleich

Sehr wichtig ist	für Jugendliche von 14 bis 24 Jahre		für alle ÖsterreicherInnen ab 18 Jahren*
	2007	2005*	
Familie	80	80	89
FreundInnen	74	86	44
Arbeit	66	75**	66
Schule und Universität	59	75**	-
Freizeit	53	66	39
Politik	12	16	10
Religion	9	14	20

Angaben in Prozent.

* Quelle: Peter Filzmaier / Peter Hajek, *Jugendstudie 2005 im Auftrag der Bundesländerzeitungen*, unveröffentlichter Forschungsbericht, Wien.

** Gemeinsame Abfrage von Schule/Studium oder Beruf.

Als Ergebnis der *focus groups* eindeutig ist in Zusammenhang damit ein sehr institutionalisierter Politikbegriff. Politik wird primär *top down* aus Sicht der Regierenden und wenig *bottom up* als vom regierten Volk ausgehend verstanden. Parallel dazu zeigt sich eine latent negative Meinung über traditionelle Politik, doch ist diese vergleichsweise zu Erwachsenen nicht extrem ausgeprägt, ja eine Staatsbezogenheit der Politik wird sogar begrüßt. („Politik ist Entscheidungen zu treffen, die andere nicht treffen können“). Als konkrete Missstände der Politik („läuft in die falsche Richtung“) werden vor allem tagesaktuell in den Medien sehr präsente Ereignisse bzw. Entwicklungen genannt (Eurofighter-Debatte/Studiengebühren o.ä.). Emotionale Kritik gibt es - siehe unten - allenfalls gegen Parteien und PolitikerInnen als Person.

Selbst unter den politisch besonders Interessierten und jenen Jugendlichen mit hoher Wahlabsicht wird Politik von weniger als einem Fünftel als sehr wichtig gesehen. Wenig überraschend sind die entsprechenden Werte bei Studierenden höher als bei Lehrlingen und Berufstätigen. **Auffallend ist die signifikant höhere Wertigkeit des Lebensbereichs Politik unter jugendlichen ÖVP-PräferentInnen mit 26 Prozent.** Knapp dahinter folgen Grün-PräferentInnen (20 Prozent), während SPÖ- und FPÖ-/BZÖ-PräferentInnen mit 10 Prozent und darunter am Ende der Skala rangieren. Obwohl es sich angesichts der geringen Fallzahlen von bis zu 100 Interviewpersonen nur um grobe Tendenzwerte handelt, ist der geringe Wert für AnhängerInnen der SPÖ auffallend.

Allgemein kommt im Politikverständnis von Jugendlichen der starke Staat als unumstrittene Tatsache und sogar - im Sinne einer fast zu unkritischen Anerkennung staatlicher Autorität - überraschend positiv bewertet zum Ausdruck. TeilnehmerInnen in den *focus groups* sprachen von Politik als *„Aufgabe, das Zusammenleben aller Menschen zu regeln“*, als *„Ordnung halten, um gut miteinander auskommen, als „verzweifelter Versuch, eine aus der Kontrolle geratene Gesellschaft zu ordnen“* oder gar als *„Strategie, die dazu führt, dass man andere führen kann“*. Auch bei der Frage nach dem Verständnis von Jugendpolitik gab es traditionelle Antworten von den eigenen Rechten bis zu Jugendorganisationen von Parteien und deren Vorfeldgruppen.

Kritisch ist die Einstellung gegenüber PolitikerInnen und Parteien. Rund zwei Drittel (62 Prozent) beklagen, dass PolitikerInnen sich nicht um die Meinungen junger Menschen kümmern würden. Nur Studierende stimmen dem weniger zu. Charakteristische Äußerungen in den *focus groups* waren *„Politik ist das Geschwätz von alten Leuten“* sowie *„Politiker haben keine Ahnung, was die Leute eigentlich brauchen“* und *„Politiker sind Leute, die uns vorgeben, was wir zu tun haben“*. Besonders stark ist diese - vom Ausmaß des politischen Interesses nahezu vollkommen unabhängige - Einstellung unter SchülerInnen und den vergleichsweise wenigen FPÖ-/BZÖ-PräferentInnen ausgeprägt.

Nur etwa ein Drittel (37 Prozent) glaubt, dass die Regierung sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert. Stark zugestimmt wird entsprechenden

Aussagen lediglich von einer Minderheit im einstelligen Prozentbereich, in Westösterreich gar nur von zwei Prozent. Am stärksten ist eine solche Regierungsskepsis unter Lehrlingen ausgeprägt. Vor allem weibliche Jugendliche von 18 bis 24 Jahren und StädterInnen sehen außerdem eine große Distanz zwischen politischen Eliten und den BürgerInnen. Dazu passt die Ansicht von fast drei Viertel (70 Prozent), wenige Menschen hätten sehr viel Macht und der Rest der Bevölkerung kaum. Immerhin rund ein Viertel will mit politischen Parteien nichts zu tun haben.

3 Themen und Meinungen zur Politischen Bildung

Eine Zweidrittel-Mehrheit der Jugendlichen (64 Prozent) meint, dass im Bereich Politische Bildung zu wenig getan wird. Nur eine verschwindende Minderheit von vier Prozent sieht zu viele Initiativen der politischen Bildungsarbeit.

In den östlichen Bundesländern ist dieses Phänomen eines so empfundenen Politische Bildung-Defizits am stärksten ausgeprägt. Die Klage über eine aus subjektiver Sicht unzureichende Politische Bildung steigt mit dem Alter, der Gemeindegröße, dem formalen Bildungsgrad sowie dem politischen Interesse bzw. einer hohen Wahlabsicht. Anders ausgedrückt: Vor allem Lehrlinge bis 17 Jahre und mit geringen Politikbezügen werden niemals pro-aktiv Politische Bildung einfordern. Auffallend ist die mit Abstand geringste Zahl von Meinungen einer nicht ausreichenden Politischen Bildung bei den SPÖ-PräferentInnen.

Nur sehr vordergründig haben Jugendliche eine relativ klare Vorstellung von Politischer Bildung bzw. meinen bis zu drei Viertel eine solche zu haben. Der Aussage nicht zu wissen, was Politische Bildung eigentlich sei, wird kaum zugestimmt. In den *focus groups* zeigen sich allerdings große Unsicherheiten, was Politische Bildung im Detail sein kann oder soll. Am meisten haben wiederum (jüngere) Lehrlinge keine konkreten Bezüge zum Begriff Politische Bildung. Waren freie Assoziationen gewünscht, gab es in allen Gruppen kaum Wortmeldungen dazu. Nach einer Pause kam es analog zum Politikbegriff wiederum zu sehr institutionellen

Beschreibungen, etwa „*Wie der Staat funktioniert*“, „*Verständnis von einem politischen System*“ oder „*Was wir wählen*“.

Hinsichtlich der gewünschten Themen, wo Defizite des Umfangs der Politischen Bildung geortet werden, gibt es folgende Gruppen von Inhalten:

- **Klare Spitzenreiter als für fast die Hälfte (44 bzw. 43 Prozent) häufiger zu behandelnde Wunschthemen sind die Gleichbehandlung von Männern und Frauen sowie die Integration von AusländerInnen.**
- Das Mittelfeld mit rund einem Drittel (36 und zweimal 31 Prozent) Jugendlicher, die hier unzureichende Aktivitäten sehen, bilden Globalisierung, Zeitgeschichte (als die Zeit des Nationalsozialismus in Österreich abgefragt) und Wahlen bzw. politische Beteiligung.
- Schlusslichter - d.h. von den Jugendlichen als nicht verstärkt aufzugreifende Themen eingestuft - sind nicht nur EU-ropa, sondern überraschend auch (Neue) Medien und aktuelle politische Ereignisse, wo für rund drei Viertel der Jugendlichen (75 und 73 Prozent) genug oder sogar zu viel getan wird.

Als vorsichtige Schlussfolgerung drängt sich auf, dass diese letztgenannten Themen in den aktuellen Programmen der Politischen Bildung bzw. in den Bereichen Europa- und Medienerziehung aus Sicht der Jugendlichen überproportional vertreten sind. Für diese These - und nicht ein völliges Desinteresse – spricht auch, dass in den *focus groups* EU-ropa sehr oft als Thema der politischen Bildungsarbeit genannt wurde. Medien werden ohnedies als Hauptagenten der Politikvermittlung akzeptiert (siehe Kapitel 4), ihre Formate allerdings von späte Sendezeiten bis falsche Inhalten kritisiert („*Wenn's das über Mathematik gibt, als Unterricht im Fernsehen, dann auch über Politische Bildung*“).

Abbildung 4: Rangordnung gewünschter Themenbereiche für Politische Bildung

	zu wenig	genug	zu viel
Chancengleichheit von Frauen und Männern	44	46	8
Integration von AusländerInnen	43	37	16
Globalisierung	36	52	6
Zeitgeschichte	31	53	9
Wahlen und politische Beteiligung	31	57	9
EU und Europa	29	51	16
Aktuelle politische Ereignisse im Inland	24	60	13
Internet und Demokratie	26	57	8
Medien	22	60	15

Angaben in Prozent. Der Rest auf 100 Prozent machte keine Angaben

Die Fragestellung lautete jeweils „Wird zu viel, genug oder zu wenig getan für ...?“

Nur für Studierende und Grün-PräferentInnen wird das Thema Medien (und Globalisierung) zu wenig thematisiert. Beim EU-Thema sind es vor allem WestösterreicherInnen, Studierende und ÖVP-PräferentInnen, die - ganz im Gegensatz zu den SPÖ-PräferentInnen - eine stärkere Behandlung wünschen. Die letztgenannte Gruppe hat demgegenüber das geringste Interesse an Zeitgeschichte als Themenschwerpunkt. Lehrlinge und Berufstätige sehen eine zu starke Gewichtung des Themas der Integration von AusländerInnen. Zu betonen ist, dass in allen Fällen die zitierten Daten keine Auskunft darüber geben können, welche konkreten Inhalte bzw. Vermittlungsformen in den jeweiligen Bereichen gewünscht werden. Genauso wenig sind Aussagen über Themenpositionen zu treffen.

In einer Rangordnung von allgemeinen Einstellungen zur Politischen Bildung ergibt sich mit fast 90 Prozent die größte Zustimmung für eine traditionelle Wissensvermittlung im Sinn der Institutionenlehre („Politische Bildung heißt vor allem, viel über den Staat und seine Institutionen zu erfahren“). Verblüffend ist die besonders starke Zustimmung der SPÖ-PräferentInnen zu dieser Aussage. Nach dem Alter – und das ist eine Erklärung (Stichwort Arbeiterschaft als SPÖ-Klientel) – sind vor allem jüngere Männer mit formal niedrigem Bildungsgrad derart institutionell über Politische Bildung denkend.

Obwohl eine entsprechende Prägung durch den Unterricht von Politischer Bildung und/oder sozial erwünschte Antworten eine Rolle spielen mögen, ist die doppelte Absicherung dieser Erkenntnis sowohl durch Umfragedaten als auch in den *focus groups* eine klare Erwartungshaltung der Jugendlichen. In den Gruppendiskussionen wurden Politik vorrangig - siehe oben - sehr formal mit dem Parlament und der Gesetzgebung („Politik macht Regeln und Gesetze, an die wir uns zu halten haben“) sowie dem Staat generell (typische Aussagen waren u.a. auch „Politik ist der Staat, er sorgt und passt auf, dass es uns gut geht“ sowie „Politik ist die kompetente Führung eines Landes“) in Verbindung gebracht.

Vor allem Lehrlinge und Berufstätige orten zunächst Wissensdefizite über den Staat und seine Organisationen. Auch werden Schule und Universität als klassische Einrichtungen für Politikvermittlung gesehen, während beispielsweise Nicht-Regierungs-Organisationen kein besonderer Stellenwert zukommt. Zwar sehen das SchülerInnen und Studierende am stärksten so, doch wird eine solche Ansicht auch von Lehrlingen und Berufstätigen geteilt.

Mit anderen Worten: Trotz Anerkennung des eigenständigen Handelns als zentrales Ziel der Politischen Bildung ist das Bild einer mehrheitlich an besonders innovativen, progressiven und zivilgesellschaftlichen Projektarbeiten o.ä. interessierten Jugend falsch und müsste erst gezielt gefördert werden.

Abbildung 5: Einstellungen zur Politischen Bildung

	Trifft stark/eher zu	Trifft weniger/kaum zu
Politische Bildung heißt vor allem, viel über den Staat und seine Institutionen zu erfahren	88	10
Politische Bildung soll vor allem in der Schule und an Universitäten vermittelt werden	83	16
...		
Politische Bildung ist vor allem die Förderung von selbstständigem und eigenverantwortlichen Handeln	72	25
...		
Was Politische Bildung sein soll, das weiß ich eigentlich nicht	21	78

Angaben in Prozent. Der Rest auf 100 Prozent machte keine Angaben.

Fast drei Viertel (71 Prozent) befürworten ausdrücklich ein eigenes Unterrichtsfach Politische Bildung, das nicht in Kombination mit anderen Fächern stattfindet. Klar korreliert das mit dem politischen Interesse und der Wahlabsicht. Besonders hoch ist die Befürwortung unter Studierenden sowie von SPÖ- und Grün-PräferentInnen. ÖVP-PräferentInnen sind davon am wenigsten überzeugt. In Westösterreich und unter Studierenden ist die Fachbefürwortung am höchsten.

Abbildung 6: Meinungen zu einem Unterrichtsfach Politische Bildung

	Trifft stark/eher zu	Trifft weniger/kaum zu
In der Schule soll es für alle ab 14 Jahren ein <u>ganz eigenes</u> Fach Politische Bildung geben.	71	28

Angaben in Prozent. Der Rest auf 100 Prozent machte keine Angaben.

4 Politisches Informationsverhalten

Jugendliche fühlen sich subjektiv durchschnittlich gut über Politik informiert. Nach der fünfteiligen Notenskala geben sie sich selbst den Wert 2,7. Auch politisch Interessierte sehen ihren Informationsstand mit 2,4 im mittleren Bereich, Desinteressierte mit 3,3 hingegen deutlich unter dem Durchschnitt. **Was Jugendliche über Politik wissen bzw. zu wissen glauben, haben sie vor allem aus Massenmedien. Exakt drei Viertel (75 Prozent) nennen diese unter den politischen Informationsquellen an erster Stelle**, wobei dieser Wert mit steigendem Lebensalter noch zunimmt.

Welche Medien und Sendungen (Nachrichten- oder Unterhaltungsformate) wofür am meisten genutzt werden, wurde lediglich in den *focus groups* ansatzweise erforscht. Dabei wurde offenkundig, dass politische Inhalte in den Medien vor allem im Wahlzusammenhang (Fernsehdiskussionen der Spitzenkandidaten usw.) gesehen werden. Aufgrund früherer Studien¹ ist klar, dass wenig überraschend Jugendliche unter den ständigen InternetnutzerInnen überdurchschnittlich vertreten sind. Angesichts der nahe liegenden Vermutung, dass sich das Internet analog zu anderen Medien verhält und demzufolge unterhaltende Inhalte dominieren, sind daraus keine Schlussfolgerungen über die Intensität der politischen Nutzung zulässig. Im Gegenteil lässt die eher geringe Wertschätzung von Internet und Demokratie als Thema politischer Bildungsarbeit kaum Politikbezüge der Netznutzung vermuten.

Die Fernseh- und Internetgeneration der Jugendlichen jedenfalls sieht Massenmedien auch **mit Abstand als am glaubwürdigsten für Informationen über Politik. 48 Prozent, also knapp die Hälfte, der Jugendlichen bezeichnen Medien als jene Quelle, der sie inhaltlich am meisten vertrauen.** Die Unterschiede nach soziodemographischen Kriterien sind freilich interessant. Deutlich am höchsten ist die Glaubwürdigkeit der Massenmedien als politische Informationsquelle unter männlichen Jugendlichen (54 zu 38 Prozent gegenüber ihren weiblichen Alterskolleginnen) und Studierenden. Genauso sind Medien - ohne Aussagekraft, welche dortigen Quellen gemeint sind - für 18- bis 24-jährige und somit

¹ Siehe u.a. Peter Filzmaier / Peter Hajek, *Jugendstudie 2005 im Auftrag der Bundesländerzeitungen*, unveröffentlichter Forschungsbericht, Wien, sowie Peter Filzmaier, *Jugend, Internet und Politik*, in *Wiener Jahrbuch für Politik 2004/05*, S. 254-265.

Studierende bzw. Berufstätige für politische Informationen eindeutig wichtiger und glaubwürdiger als bei den 14- bis 17-jährigen bzw. bei SchülerInnen und Lehrlingen.

Abbildung 7: Wichtigkeit und Glaubwürdigkeit politischer Informationsquellen

	Wichtigste Informationsquelle (Zahl der Nennungen an 1. Stelle)	Glaubwürdigste Informationsquelle (Einzelnennung)	Vergleichswert Glaubwürdigkeit Jubiläumsjahr 2005*
Massenmedien	75	46	76
Gespräche mit der Familie	10	20	3**
FreundInnen und KollegInnen	5	7	3**
Schule und Universität	5	15	-
Jugendorganisationen oder Vereine	1	2	-

Angaben in Prozent. Der Rest auf 100 Prozent machte keine Angaben.

* Quelle: Peter Filzmaier / Peter Hajek, *Jugendstudie 2005 im Auftrag der Bundesländerzeitungen*, unveröffentlichter Forschungsbericht, Wien.

** Gemeinsame Abfrage in einer Kategorie

Gespräche mit den Eltern sowie im FreundInnenkreis nehmen demgegenüber mit erstplatzierten Nennungen von 10 Prozent bzw. im einstelligen Prozentbereich hinsichtlich der Wichtigkeit einen sehr untergeordneten Stellenwert ein. Nur fünf Prozent nennen Schule und Universität als primäre Orte bzw. Quellen der politischen Information. Jugendorganisationen und Vereine sind völlig unbedeutend.

Allerdings ergeben sich Anknüpfungspunkte für eine Langzeitstrategie, nachdem in *focus groups* grundsätzlich Vereinsarbeiten für Politische Bildung und konkrete Kleinprojekte anerkannt werden, jedoch mit einer Medienberichterstattung zu verknüpfen wären („*Vereine, die Politische Bildung machen, sollen stärker in die Medien kommen*“). Auch in der Glaubwürdigkeit rangieren der Familienkreis und die Bildungsinstitutionen mit großem Rückstand hinter den Massenmedien. **Polemisch ausgedrückt: Im Vergleich zu den Medien vertraut bei politischen Informationen bloß zur Hälfte den eigenen Eltern.**

Nach den *focus groups* konzentriert sich Politische Bildung zu sehr auf Nachrichten, die jedoch ein extrem überaltertes Publikum (von rund 60 Jahren in der *Zeit im Bild!*) aufweisen. Verstärkt zu beachten sind *PulsTV* und vergleichbare Fernsehsender. In Einklang mit dem allgemeinen Forschungsstand werden klassische Politiknachrichten und daher der ORF deutlich kritischer gesehen („*einseitige Berichterstattung, Propaganda, Manipulation der Menschen und nicht immer objektiv*“). Tendenziell sehr positiv wurde in den *focus groups* die Politikberichterstattung von Zeitungen eingeschätzt.

Interessanterweise war in einer ausschließlich auf das Jubiläumsjahr 2005 bezogenen, also allein zeitgeschichtliche Themen betreffenden, Studie die Glaubwürdigkeit der Massenmedien mit rund drei Viertel noch deutlich höher gewesen, obgleich aufgrund abweichender Fragestellungen keine exakte Gegenüberstellung der Zahlen möglich ist. Medieninhalte zählen jedoch auf jeden Fall mehr als das im persönlichen Kontakt gesprochene Wort.

5 Wahlen und politische Beteiligung

Genau ein Fünftel der Jugendlichen (20 Prozent) bezeichnen sich als politisch sehr interessiert. Zumindest etwas politisches Interesse geben jedoch weit mehr als drei Fünftel (in Summe 68 Prozent) an. Wenig überraschend steigt das Interesse an Politik mit dem Lebensalter und ist zudem im großstädtischen Bereich stärker ausgeprägt. Lehrlinge bezeichnen sich nur in Ausnahmefällen von zwei Prozent als politisch sehr interessiert.

Knapp 60 Prozent meinen, es wäre wichtig sich politisch zu beteiligen und sind grundsätzlich auch bereit dazu bzw. behaupten eine solche Beteiligung zu leben. Klarerweise korreliert die Beteiligungsbereitschaft positiv mit dem politischen Interesse. Ansonsten ist sie im Westen Österreichs am höchsten und im Süden am geringsten. Tendenziell sind ÖVP-PräferentInnen am meisten für politische Beteiligung. Politische Beteiligung wird als „*absolut notwendig*“ außer Streit gestellt, jedoch sehr schnell neuerlich mit Wahlen gleichgesetzt. Negative

Spontanassoziationen sind in der Folge gebrochene Wahlversprechen und die Verlängerung der Legislaturperiode.

Weniger als 20 Prozent der Jugendlichen, die am 1. Oktober 2006 bereits wahlberechtigt waren, geben an bei der Nationalratswahl nicht teilgenommen zu haben. Somit würde die Wahlbeteiligung unter 18- bis 24-jährigen von rund 80 Prozent dem Durchschnitt aller Altersgruppen entsprechen. Ein ähnlich hoher Prozentzahl der schon Wahlberechtigten erklärt, sicher oder höchstwahrscheinlich am nächsten Sonntag an Nationalratswahlen teilzunehmen. Erfahrungsgemäß gilt allerdings die Teilnahme an Wahlen in der Bevölkerung mehrheitlich als sozial erwünschtes Verhalten, so dass ein unbekannter Prozentsatz von falschen Prestigeantworten nicht ausgeschlossen werden kann.

Im Gegensatz zur grundsätzlich hohen Beteiligungsbereitschaft wird "Wählen mit 16" - d.h. die im Regierungsprogramm vorgesehene Senkung des Wahlalters von 18 auf 16 Jahre - zum derzeitigen Zeitpunkt von einer Mehrheit der Jugendlichen abgelehnt. Lediglich 41 Prozent der 14- bis 24-jährigen sprechen sich dafür aus, 59 Prozent lehnen dies ab. Allerdings ist die Zustimmung unter den unmittelbar betroffenen 14- bis 17-jährigen höher. Sehr gering ist die Beteiligungsbereitschaft an Wahlen unter Lehrlingen.

Abbildung 8: Befürwortung und Ablehnung der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre

	Trifft stark / eher zu	Trifft weniger / kaum zu
Dass Jugendliche in Zukunft mit 16 Jahren den Nationalrat wählen können, finde ich gut	41	59

Angaben in Prozent. Der Rest auf 100 Prozent machte keine Angaben.

Stärkstes NichtwählerInnenmotiv für 2006 bereits wahlberechtigte Jugendliche war die persönliche Verhinderung, doch wird diese üblicherweise als entschuldigende Antwort sehr oft genannt, so dass eine Einschätzung des Wertes von 61 Prozent

schwierig ist. An zweiter Stelle folgt das Motiv, dass das bestehende Angebot von Parteien und KandidatInnen nicht als attraktiv angesehen wird. Dieses Motiv war mit 39 Prozent stärker ausgeprägt als der mangelnde Informationsstand über die Wahl (28 Prozent), jedoch weniger zentral als unter Erwachsenen. **Parteien sind demzufolge für Jugendliche nicht mehr oder weniger (un-)attraktiv als für den Rest der Bevölkerung.** Vergleichsweise unbedeutend war in der konkreten Situation einer sowohl knappen Wahl als auch mehreren Koalitionsvarianten 2006/07 das Gefühl politischer Ohnmacht.

Abbildung 9: NichtwählerInnenmotive in der Nationalratswahl 2006, Jugendliche und Erwachsene im Vergleich

	Jugendliche von 18 bis 24 Jahre	Alle ÖsterreicherInnen ab 18 Jahren*
Ich war persönlich verhindert	61	17
Keine der Parteien und KandidatInnen hat mich angesprochen	39	42
Ich hatte zu wenig Informationen über diese Wahl und worum es geht	28	-
Politik interessiert mich nicht	-	16
Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss auf das, was in Wien gemacht wird.	26	-
Ich gehe aus Protest nicht wählen	-	13
Der Wahlausgang stand nach meiner Meinung schon lange fest / Meine Stimme hat keinen Einfluss	12	9

Angaben in Prozent.

* Quelle: Donau-Universität Krems und Österreichische Gesellschaft für Marketing (OGM), *Zeit im Bild-Wahltagsbefragung im Auftrag des ORF*, 1. Oktober 2006. Aufgrund leicht abweichender Fragestellungen und des unterschiedlichen Befragungszeitraums sind Vergleiche nur bedingt zulässig. Die Werte stellen infolge der relativ geringen Fallzahl zudem nur Tendenzen dar.

Bis zu ein Drittel (28 Prozent) meint, für den Fall einer Möglichkeit der Stimmabgabe via Internet (*e-voting*) mit höherer Wahrscheinlichkeit zur Wahl zu gehen. Darunter befinden sich allerdings genauso Jugendliche mit großem politischen Interesse sowie hoher Wahlabsicht, so dass realiter ein Anstieg der Wahlbeteiligung durch *e-voting* zu erwarten ist, dieser jedoch in sehr gemäßigtem Ausmaß eintreten würde. Besonders attraktiv erscheint *e-voting* für SchülerInnen, so dass hier besondere Anknüpfungspunkte einer WählerInnenmotivation gegeben bzw. im Umkehrschluss für Lehrlinge gezielte Programme erforderlich sind.

In einer fiktiven Nationalratswahl würden momentan SPÖ, ÖVP und Grüne unter Jugendlichen von 14 bis 24 Jahren nahezu gleich liegen (mit leichten Vorteilen für die ÖVP), während FPÖ und BZÖ klar abgeschlagen sind. Die ÖVP und die Grünen hätten dabei mit Abstand ihr Klientel am sichersten, d.h. ÖVP- und GrünwählerInnen haben die größte Wahlabsicht. Vor allem weibliche Jugendliche bis 24 Jahre und StädterInnen sind für die Grünen, während bei den 14- bis 17-jährigen geschlechtsunabhängig die SPÖ und in ländlichen Gebieten erwartungsgemäß die ÖVP voran liegt. Der Anteil der Unentschlossenen ist mit einem Viertel bis ein Drittel im Vergleich zu Erwachsenen durchschnittlich hoch.

Impressum

Autor:

Univ.-Prof. Dr. Peter Filzmaier
Donau-Universität Krems
Department Politische Kommunikation
Dr. Karl Dorrek-Straße 30
3500 Krems
peter.filzmaier@donau-uni.ac.at

Kooperationspartner:

Österreichische Gesellschaft für Marketing (OGM)
Bösendorferstraße 2
1010 Wien